

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	345
		TOP:	5a
Verhandlung		Drucksache:	628/2022
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	25.10.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Fortschreibung Radverkehrskonzept Erweiterung Fußverkehrskonzept Abschlussbericht BYPAD-/WAPAD-Verfahren		

Vorgang: Ausschuss f. Stadtentwicklung u. Technik vom 18.10.2022, öffentlich, Nr. 332
Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 23.09.2022, GRDRs 628/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) würdigt die ausführliche Untersuchung über den Stand des Radverkehrs in Stuttgart. Bei den BYPAD-Veranstaltungen habe sich regelmäßig herausgestellt, dass die Radfahrenden die Infrastruktur schlechter beurteilten als die Stadtverwaltung. Die im Bericht als Leitlinien deklarierten Ergebnisse definierten das zukünftige Ziel, weshalb sie dazu auffordere, diese nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sich dazu in einer Abstimmung zu bekennen. Der Radverkehr sei kein Selbstzweck, sondern diene der Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Um den Radverkehr zu fördern, müsse diesem mehr Platz im Straßenverkehr zur Verfügung gestellt werden. Eine schnelle Maßnahme sei das Aufstellen von deutlich mehr Fahrradbügeln z. B. in Wohngebieten.

Dass Betroffene die Infrastruktur unterschiedlich wahrnehmen, sei logisch und menschlich, hält StR Kotz (CDU) fest. Es gehe nie um schwarz oder weiß, sondern um Nuancen und die Abwägung. Mit diesem Bericht werde der Ist-Zustand erfasst, der als Grundlage für weitere Entwicklungen dienen könne. Die Forderung seiner Vorrednerin nach mehr Abstellmöglichkeiten in Wohnquartieren sieht er ambivalent, denn teure Räder würden nicht im öffentlichen Außenbereich abgestellt. Wichtig seien hingegen Fahrradbügel bei Veranstaltungsorten wie Wasen, Liederhalle, Schleyerhalle etc.; hier herrsche ein Defizit, das behoben werden müsse.

Eine Diskussion über das Verfahren hält StRin Schanbacher (SPD) für wichtig. Der lobenswerte Prozess sei sehr aufwändig gewesen und es stecke viel dahinter. Die bunt gemischte Teilnehmerschaft - u. a. Verwaltung, SSB, Polizei, Radfahrer*innen - habe an drei Tagen Möglichkeiten zur Verbesserung beleuchtet. Ein herausgearbeiteter Kern sei die Kommunikation von positiven Entwicklungen. Dem Abschlussbericht sei darüber hinaus zu entnehmen, dass man von der 2019 gesetzten, ambitionierten Zielsetzung noch weit entfernt sei. Zum Erreichen der Klimaneutralität 2035 stelle der Ausbau des Radverkehrs einen wichtigen Schritt dar. Es gehe nicht nur um eine lebenswertere, sondern auch eine klimagerechte Stadt. Die Stadträtin betont, es müssten alle möglichen Hebel genutzt und Weichen gestellt werden, um die Ziele zu erreichen. Sie plädiert dafür, diese Art der konstruktiven Zusammenarbeit fortzuführen und - wie von StRin Dr. Lehmann beantragt - die Leitlinien über einen Beschluss bindend zu machen.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) moniert, an den Terminen habe leider nur ein Teil des Gemeinderates teilgenommen. Er bestärkt die Forderung, von reinen Kenntnisnahmen hin zu konkreten Beschlüssen zu kommen. Ansonsten werde ein Teil der Ergebnisse nicht umgesetzt. Entscheidend sei für ihn die Aussage, wonach dem Radverkehr im Straßenraum mehr Platz eingeräumt werden müsse. Der Ist-Zustand werde stets aus dem Blickwinkel des fließenden Autoverkehrs betrachtet. Dies müsse dringend geändert werden, sonst bleibe es bei Bekenntnissen. Er erwarte in Folge dieser Studie eine Beschlussvorlage mit konkreten Maßnahmen an konkreten Orten, um in die Umsetzung zu gelangen.

Interessanterweise stehe Stuttgart in dem Bericht gut da, stellt StR Serwani (FDP) fest. Immerhin würden 40 Euro pro Einwohner für den Radverkehr ausgegeben. Er halte es jedoch nicht für möglich, von aktuell 8 % Radverkehr auf 25 % in 2030 zu kommen und erwarte gerne die Fortschreibung im Radverkehrsnetz.

Der Würdigung des Ergebnisses schließt sich StRin Königeter (PULS) an, die es für nachvollziehbar hält, wenn mit unterschiedlichen "Brillen" auf die Thematik geblickt werde. Jede*r der 60 Gemeinderät*innen habe die Chance gehabt, sich einzubringen und mit allen Vertretern des Verfahrens zu diskutieren. Angesichts des großen Engagements der Beteiligten halte sie es für fair, der Empfehlung zu folgen und die Ergebnisse einer politischen Beschlussfassung zuzuführen. Sie befürchte reine Lippenbekenntnisse, die nicht ernsthaft in die Umsetzung gelangten. Um die Leitlinien verbindlich festzuhalten, beantragt die Stadträtin mündlich, dass die Verwaltung im Nachgang zur heutigen Sitzung die Leitlinien "Stuttgarter Wege zu einer fahrrad- und fußverkehrsfreundlichen Stadt" dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik zur Beschlussfassung vorlegt und bittet um Abstimmung.

StR Schrade (FW) weist die Kritik seiner Vorrednerin zurück und betont, Vertreter der Freien Wähler hätten an allen Tagen der Beratung teilgenommen. Der Abschlussbericht stelle der Stadt ein recht ordentliches Zeugnis aus, und an vielen Stellen befände man sich bereits in der Umsetzung. Als aktuelles Beispiel nennt er das Projekt in der Jahnstraße, dem auch die Freien Wähler zustimmten. Wenn ausreichend Flächen vorhanden seien, mache es in der Qualität und Ausführung einen Unterschied, weshalb er weiterhin kritisch bleiben werde.

Das Angebot für Radfahrer müsse funktionieren, hält StR Dr. Mayer (AfD) fest. Bisher Sorge die Verwaltung noch dafür, dass der Verkehr laufe. Dennoch habe er bei manchen Vorhaben wie etwa in der Jahnstraße gewisse Zweifel. Seine Fraktion unterstütze zwar Verbesserungen für Radfahrer, aber die Mehrheit der motorisierten Verkehrsteilnehmer müsse berücksichtigt werden.

BM Pätzold weist darauf hin, dass der Bericht nicht nur Radfahrende, sondern auch für Zufußgehende ausgewiesen sei. Diese integrierte Planung werde schon länger beachtet und ergebe Verbesserungen für beide Seiten.

Zu den Wortmeldungen der Ausschussmitglieder nimmt Herr Oehler (ASW) Stellung und verweist auf das Verfahren als breit aufgestellte Grundlage für die Erstellung des Radverkehrskonzeptes. In diesem Ansatz werde der Radverkehr nicht sektoral betrachtet, sondern es seien alle Meinungen einbezogen worden. In der Ausarbeitung sei alles enthalten, was beim Rad- und Fußverkehr betrachtet werden könne. Im Rahmen der Zertifizierung, so Herr Oehler, der an dieser Stelle dem Gremium das offizielle Zertifikat zeigt, werde sich die Stadt alle fünf Jahre evaluieren lassen, was für eine gute Vergleichbarkeit Sorge. Neben der Befragung "Mobilität in Deutschland", an der Stuttgart ebenfalls teilnehme, handle es sich bei diesem Verfahren um ein gutes Werkzeug für Planer. Den mündlichen Antrag von StRin Köngeter hält der Verwaltungsmitarbeiter für "schwierig". Die Ausarbeitung der "Stuttgarter Wege" benötige viel Zeit; Anderes müsse dann zurückgestellt werden.

StRin Köngeter entgegnet, sie wolle lediglich die Leitlinien und nicht das komplette Papier beschließen. StR Peterhoff (90/GRÜNE) ergänzt, die Leitlinien enthielten viele Punkte, die Grundlage des Handelns in Stuttgart seien. Für den Radverkehr werde eine Umsetzungsstrategie folgen, allerdings fehle diese noch für den Fußverkehr. Für den Radverkehr gebe es durch den Radentscheid bereits eine klare Vorgabe, für den Fußverkehr müsse das entsprechende Konzept noch erstellt werden.

BM Pätzold nimmt die Anregung zur internen Abstimmung mit. Dies müsse in Zusammenhang mit anderen Beschlüssen gesetzt werden.

Beispielhaft greift StR Pantisano die "Schritte zum Erreichen der Leitziele" auf (Anlage zur GRDRs 628/2022, S. 73 oben). Für die dort genannten Punkte beständen weder Beschlüsse noch Konzepte. Es sei klar, dass dies Zeit, Personal und Geld benötige, aber wenn diese Schritte nicht umgesetzt würden, handle es sich um weiteres "Papier ohne Nutzen". Aus diesem Grunde müssten die Ergebnisse in eine Beschlussvorlage umgeändert und die Kosten beziffert werden. Das benötigte Personal dafür dürfe nicht beim Radverkehr weggenommen werden, sondern bei Straßenplanung und Autoverkehr.

Der Vorsitzende erklärt, die Verkehrsplaner seien im öffentlichen Raum stets mit dem Gesamtverkehr beschäftigt. Wenn diese Konzepte erarbeitet würden, blieben andere

Themen liegen. Er nehme die Anregung einer Übertragung in eine Beschlussfassung mit, betont aber, dass es bereits Konzepte gebe. Der Rat müsse sich entscheiden, wo er die Prioritäten setze.

Für StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ist es wichtig, Planungsprämissen zu beschließen. Diese städtebaulichen Argumente übergeordneter Natur seien hilfreich für die Begründung jeder Maßnahme.

Es gebe zwar manche Zielvorstellung, so der Vorsitzende, wenn es dann aber in die Umsetzung und in die Bezirksbeiräte gehe, entstehe schnell - insbesondere bei Straßenrändern - eine Einzeldiskussion und die Forderung nach einem Beteiligungsverfahren. In einer aktuellen Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen e. V. (AGFK), woran beim Radverkehr die Umsetzung hänge, werde nicht auf fehlende Konzepte oder Zielbeschlüsse abgehoben, sondern auf die Diskussion am konkreten Projekt. Diesbezüglich erinnert er an die gute Idee der Radabstellgaragen in West, die aufgrund ihrer reinen Größe strittig geworden seien. Es gebe stets Konflikte, die vor Ort entschieden und nicht durch eine übergeordnete Planungsebene gelöst werden könnten. Beispielhaft verweist er auf Tagesordnungspunkt 1, wo ebenfalls abgewogen werden müsse. Er nehme die Anregung mit und werde prüfen, ob die Leitlinien in einen Beschluss gefasst werden könnten.

Auch nach Beschluss einer Leitlinie könne im Einzelfall von dieser abgewichen werden, insistiert StRin Königter. Durch diese Leitlinien werde die Ausgangsbasis umgekehrt. Ihr sei wichtig, die Leitlinien als gesetzt zu betrachten und zu beschließen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN seien die größte Fraktion im Gemeinderat, die sich für den Radverkehr einsetze, hält StR Kotz fest. Der zuständige Bürgermeister gehöre ebenfalls Bündnis 90/DIE GRÜNEN an und sei darüber hinaus aktiver Radfahrer. Wenn jemand aus Überzeugung und mit entsprechendem Hintergrund den Radverkehr in Stuttgart voranbringen wolle, gebe es in der Verwaltung sicherlich gute Gründe, warum manche Maßnahmen nicht umgesetzt würden. Die Verwaltung habe einen klaren Auftrag für eine Fahrradstadt, weswegen nicht laufend neue Leitlinien beschlossen werden müssten.

Für StRin Dr. Lehmann spiegelt diese Diskussion die Problematik bei diesem Thema wieder. In der Realität überwiege die Kritik an Rad- und Fußverkehr, und weil es Mängel gebe, müssten die Forderungen bekräftigt werden. Sie wolle die Verwaltung zu mutigen Planungen anregen, die deutlicher als bisher klarmachten, dass das Auto nicht den Vorrang genieße. Sie befinde sich in einem Dilemma, da all diese Dinge bereits beschlossen seien, wolle aber gerne einen Weg zur Bekräftigung finden.

Politik sei für ihn keine Frage des Glaubens, entgegnet StR Rockenbach StR Kotz. Es gehe darum, Realität zu verändern, denn der Rad- und Fußverkehr sei in Stuttgart immer noch im Hintertreffen. Dieses Verfahren mit großer Beteiligung habe es verdient, eine Verbindlichkeit zu erfahren. Einer der größten Fehler des Stadtentwicklungskonzeptes sei es gewesen, dass dieses nie vom Gemeinderat beschlossen worden sei, denn ein Beschluss habe eine andere Wirkung für die planende Verwaltung. Insbesondere in der Verkehrspolitik würden verbindliche städtebauliche Konzepte benötigt, um im konkreten Einzelfall Abwägungsmaterial zur Hand zu haben.

BM Pätzold schlägt vor, die Leitlinien und die Vorschläge zur Umsetzung aufzuarbeiten und dem Beschluss zum Radentscheid gegenüberzustellen. Dies wolle er dann im Unterausschuss Mobilität vorstellen. Damit erklärt sich StRin Köngeter einverstanden.

Der Vorsitzende stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GRDrs 628/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. S/OB
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)
 4. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 5. *Referat SI*
SI-BB
 6. Referat T
Tiefbauamt (2)
AWS (2)
 7. Stadtkämmerei (2)
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei
- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand